

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 12. März 2024

Dossier Nr 9907, «Schweiz aktuell», «Geschlechtsangleichung: Eltern kritisieren Zürcher Institutionen» vom 17. Januar 2024

Mit Mail vom 2. Februar 2024 beanstandet der Verein XY obige Sendung wie folgt:

«Wir beanstanden die Reportage, da sie durch Framing, Auslassungen und Zuspitzungen den Eindruck erzeugt, dass trans Jugendliche in der KJPP (oder vielleicht generell) falsch und zu schnell behandelt würden. Aussagen werden weder fachlich eingeordnet noch hinterfragt, sondern skandalisiert. Positive Beispiele von Jugendlichen und Eltern, die die Begleitung als sorgfältig erleben – in der Realität die grosse Mehrheit – kommen gar nicht vor. Durch diese einseitige und skandalisierende Darstellung wird die Behandlung von trans Jugendlichen nicht sachgerecht dargestellt, es wird dem Publikum eine falsche Schlussfolgerung nahegelegt.

8:00 Moderation: „Geäussert haben die Vorwürfe Eltern von betroffenen Jugendlichen in einem Brief an die Gesundheitsdirektion vom Kanton.“

Die Moderatorin erwähnt nicht, dass es sich bei der Elterngruppe um eine Gruppe des Vereins AMQG/AUFG handelt. Die Tatsache, dass die bei der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich eingereichte Beschwerde von AMQG/AUFG kommt, einem Verein, der international vernetzt ist und politisch gegen die Behandlung von trans Jugendlichen engagiert ist, wäre jedoch relevant, um die Beschwerde, die Kern des Beitrags ist, einordnen zu können. Ebenso bleibt offen, ob diese Beschwerde nur die Sicht der Eltern wiedergibt oder ob deren Jugendliche – um deren Gesundheitsversorgung es geht - diese Vorwürfe gleichermassen erheben würden. Denn die Erfahrung zeigt, dass trans Jugendliche sehr zufrieden sein können mit einer Behandlung, welche von ihren Eltern oder einem Elternteil abgelehnt wird.

Die Aussage, es seien Eltern von „betroffenen“ Jugendlichen, suggeriert, dass es nicht Eltern von trans Jugendlichen sind, sondern von Jugendlichen, die von unsorgfältigen Abklärungen betroffen seien. Ob dies der Fall ist, die Vorwürfe der Eltern stimmen und von den Jugendlichen gestützt würden, wird jedoch im ganzen Beitrag nicht belegt.

8:37 „...aber beim ersten Termin mit der Psychotherapeutin, bei dem sie dabei sein durfte, sei es schon um medizinische Massnahmen gegangen“

8: 52 O-Ton Frau M.: „aber im ersten Gespräch ist das Thema gewesen, Hormontherapie fangen wir an, sobald ich denke, es ist soweit.“

Frau M. als Mutter hat Erwartungen und viele Fragen, das ist verständlich. Jedoch ist es rechtlich gesehen der Entscheid ihrer Jugendlichen, ob die Mutter dabei sein darf oder nicht. Dass am KJPP die Eltern selbstverständlich und standardmässig einbezogen und ebenfalls begleitet werden, geht somit über den rechtlichen Rahmen hinaus, zu Gunsten der Eltern. Die Journalistin erzeugt den Eindruck, es sei falsch und zu schnell, in einer ersten Sitzung über medizinische Möglichkeiten zu informieren. Die Tatsache, dass der Mutter der Beginn einer Hormontherapie für ihr Kind in Aussicht gestellt wurde, wird als druckerzeugend und falsch hingestellt, obwohl die Mutter sagt, dass erst begonnen wird, wenn sie selbst soweit ist. Eine fachliche Einordnung dieses Erstgesprächs findet nicht statt.

Tatsächlich kann insbesondere die Situation eines trans Mädchens zu Beginn der Pubertät eine Drucksituation für alle Beteiligten erzeugen: Zuwarten führt in eine irreversible männliche Pubertät, Pubertätsblocker haben Nebenwirkungen, wie jedes Medikament. Diesen Druck der Institution anzulasten ist falsch und unreflektiert. Die Geschichte der Mutter zeigt ja, dass sie und ihr Kind das Angebot ausschlagen konnten, weil ihr Kind schliesslich keine Behandlung in Anspruch nahm.

9:10 „Sie ist Teil einer Elterngruppe, die mehrere Zürcher Institutionen im Umgang mit jungen trans Personen kritisiert.“

Aus dem Online-Beitrag zur Reportage <https://www.srf.ch/news/gesellschaft/transgender-trans-op-wie-aus-meli-andre-wurde-und-wieder-meli> wissen wir, dass diese Elterngruppe der hochproblematische Verein AMQG/AUFG ist, der sich gegen die Behandlung von trans Jugendlichen engagiert. Er hat den Brief koordiniert (wenn nicht gar initiiert) und ist Absender des Briefes. Das wird im Fernsehbeitrag jedoch an keiner Stelle erwähnt, ist für die Einordnung aber unerlässlich, da es sich nicht einfach um besorgte Eltern handelt, wie der Beitrag suggeriert, sondern um eine Lobbyorganisation mit politischer Agenda.

9:23 „Die Kinder wissen nichts davon. Die Eltern bleiben anonym, wollen so die Beziehung zu ihren Kindern schützen.“

Es findet keine Einordnung der Aussage, man wolle die Beziehung zu den Kindern schützen, statt. Der Verein hinter der Elterngruppe wird wieder nicht genannt. Es sind Treffen, bei denen Eltern sich gegenseitig bestärken, ihre Kinder nicht auf ihrem Trans-Weg zu unterstützen. Diese Eltern (das wissen wir aus dem Rundschau-Beitrag vom 17.1. zum selben Thema) möchten ihre Kinder nicht mit deren selbstgewählten Namen ansprechen und sie möchten nicht, dass die Kinder medizinische Behandlungen erhalten. Konkrete junge Menschen, die sich für eine bestimmte Massnahme, sei es eine Hormontherapie oder eine Operation oder auch nur Pubertätsblockade, entschieden haben, werden von Eltern, die meinen, es besser zu wissen, alleingelassen oder abgehalten von einer medizinisch indizierten Behandlung. Die Eltern diskreditieren die gesamte medizinische Forschung der letzten Jahrzehnte, anstatt sich mit ihren eigenen, durchaus nachvollziehbaren, Ängsten und

Sorgen auseinanderzusetzen und sich aktuelle Informationen zum Thema Geschlechtsinkongruenz zu beschaffen. Die Sicht der Kinder dieser Eltern wird im Beitrag ausgeblendet. Nicht einmal von dem Kind der interviewten Frau M. wissen wir, ob es die Kritik der Mutter teilt oder nicht. Diese Auslassung ist äusserst auffällig und müsste von der Journalistin hinterfragt werden. Unsere eigene Beratungserfahrung zeigt denn auch: Es gibt die Kinder (respektive Jugendliche) von Eltern, die öffentlich unsorgfältiges Handeln anprangern, die mit der Behandlung zufrieden sind und die Kritik ihrer Eltern keineswegs teilen.

9:30 O-Ton anonym: „Innerhalb von 40 Minuten ist die Diagnose gestellt worden.“ Das Framing des anonymen Elternteils als viel zu schnell wird übernommen: Es wird nicht hinterfragt, wie lange die jugendliche Person sich bereits mit ihrer Geschlechtsidentität auseinandergesetzt hat oder wie alt die Person war. Typischerweise vergehen zwischen dem inneren Coming-out (also dem Moment, in dem sich eine Person bewusst wird, dass sie trans ist) und dem äusseren Coming-out (wenn sie es ihrem Umfeld mitteilt) mehrere Monate oder Jahre. Dadurch ergibt sich eine Kluft zwischen den Wünschen und Erwartungen der Kinder und der Wahrnehmung der Eltern in einer ersten Sprechstunde, weil die Kinder in ihrem Prozess bereits weiter sind. Auch ist die Diagnose „Geschlechtsinkongruenz“ nicht gleichbedeutend mit einer Behandlungsindikation.

Die Diagnose „Geschlechtsinkongruenz“ wird seit einigen Jahren auf Basis der Selbstauskunft einer Person gestellt. Aufgabe der psychologisch/psychiatrischen Fachperson ist lediglich, auszuschliessen, dass die Person aufgrund einer schweren Psychopathologie nicht in der Lage ist, ihre eigene Geschlechtsidentität korrekt zu beurteilen, was allerdings sehr selten vorkommt. In Fällen, in denen sich Menschen über ihre Identität noch unsicher sind, bedarf die Diagnosestellung eines längeren Prozesses. In sehr vielen Fällen sind sich Personen, die sich an eine Sprechstunde oder Beratungsstelle wenden, aber bereits sehr sicher über ihre Geschlechtsidentität. In diesen Fällen ist es nicht übereilt, die Diagnose direkt zu stellen, wenn es keine Hinweise auf eine schwere Psychopathologie gibt. Und in einem solchen Fall ist es ebenfalls korrekt, der Person anzubieten, sie mit einem Namen anzusprechen, der zu ihrer Geschlechtsidentität passt.

9:50 O-Ton Cedric: „Beim ersten Gespräch sind schon Pubertätsblocker das Thema gewesen und ... man hat gesagt man müsste vorwärts machen. So schnell wie möglich Pubertätsblocker, um den Stimmbruch zu verhindern.“

Pubertätsblocker sind eine reversible Behandlung. Der Beitrag unterscheidet nicht zwischen reversiblen und irreversiblen Behandlungen, erklärt nicht den Grund, warum es wichtig und richtig ist, in gewissen Fällen zeitig über Pubertätsblocker zu informieren: Dass der Zeitdruck nicht von der Medizin, sondern der körperlichen Pubertät herrührt. Eine Jugendliche kurz vor dem (irreversiblen) Stimmbruch nicht über die Möglichkeit von Pubertätsblockern zu informieren, wäre fachlich sehr viel kritischer zu beurteilen als diese Informationen zu geben. Informieren bedeutet die Möglichkeit zu einer autonomen Entscheidung zu geben, nicht aber die Einleitung einer Behandlung. Informieren über Möglichkeiten gehört zu den Berufspflichten der Fachpersonen und je früher dies passiert, umso mehr Bedenkzeit haben die Betroffenen. Auch hier fehlt dem Beitrag jede fachliche Einordnung.

10:35 „Sie stelle keine zu schnelle Diagnose.“ Anschliessend O-Ton Dr. Pauli: „Nein, wir machen das nicht nach einer Sitzung, es kann höchstens sein, dass man nach einer Sitzung schon einmal informiert...“

Es wird der Eindruck erweckt, Dr. Pauli spreche über die Diagnose (dann würde sie lügen, wenn die Eltern die Wahrheit sagen). Pauli spricht aber offenbar über Behandlungsvorschläge und -indikationen.

11:00 O-Ton Dr. Pauli: „Was wir nie machen, ist irgendwelche medizinische Behandlungen ohne Einverständnis der Sorgeberechtigten.“

Urteilsfähige Minderjährige dürfen nicht nur selbständig in medizinische Behandlungen einwilligen, sie müssen dies nach Schweizer Recht (Art. 19c ZGB) auch – das Einverständnis der Sorgeberechtigten dürfte für eine Behandlung nicht vorausgesetzt werden. Das heisst, am KJPP wird noch sorgfältiger vorgegangen und die Eltern deutlich weiter einbezogen, als rechtlich vorgesehen. Dies wäre eine relevante Einordnung, die jedoch nicht erfolgt.

12: 06 „Zur Geschlechtsangleichung bei ihrem Kind ist es nie gekommen. Es erzählt uns, es sei froh, keine Hormone genommen zu haben.“

Eine Person kommt zu einer Abklärung, bekommt Möglichkeiten der Behandlung vorgestellt und entscheidet sich dagegen. Das ist im Grunde keine Geschichte und schon gar kein Skandal. Die Reportage macht daraus und aus Vorwürfen einer zweifelhaften Organisation einen Skandal.

Wenn überhaupt über diesen Vorwurf berichtet werden muss, wäre es Aufgabe der Medien, das Vorgehen dieser Elterngruppe sachlich korrekt einzuordnen – und dadurch zu entlarven als Angriff auf das Recht auf Gesundheit von trans Jugendlichen. Die Reportage leistet hingegen einen Beitrag zu einer von einer Dritten (AMQG/AUFG) angestrebten diskriminierenden Grundrechtsverletzung.»

Wir haben Ihre Kritik **der Redaktion** zur Stellungnahme zugestellt. Sie schreibt Folgendes:

Der Beanstander kritisiert, der Beitrag sei «nicht sachgerecht» dargestellt und er «skandalisiert».

Wir sind anderer Meinung. Der News-Beitrag zeigt in seiner Kürze auf, dass Eltern gegenüber mehreren Institutionen, darunter der KJPP, Kritik bei der Abklärung und Behandlung ihrer Jugendlichen in Bezug auf ihre Transidentität erheben. Der Beitrag erklärt in sachlichem und ruhigem Ton, um welche Kritik es sich handelt, lässt eine Mutter und einen Jugendlichen zu Wort kommen und bietet ausreichend Platz für die Argumente der Chefärztin Dagmar Pauli, die zu den Vorwürfen Stellung bezieht. Der Beitrag zu einem kontroversen Thema ist nach journalistischen Kriterien aufgebaut: Der Kritik folgt umgehend die Stellungnahme der kritisierten Person resp. Institution. Das Thema (Kritik und Stellungnahme) wird aus Sicht der Redaktion sachlich dargelegt.

Diese Darstellung ermöglicht es den Zuschauenden, sich auch in der Kürze des 4-minütigen News-Beitrags ein eigenes Bild zu machen. Er bildet ab und informiert. Allein die Abbildung der Kritik besagt noch nicht, dass es keine positiven Beispiele gäbe. Die Abmoderation des News-Beitrags verweist zudem auf die gesamte Recherche zum Thema (Hinweis auf die Sendung Rundschau am gleichen Tag), indem auch gelungene Transitionen und ein positiver Transitionsprozess abgebildet werden.

Der Beanstander kritisiert weiter, die Moderatorin erwähne den Namen der «Elterngruppe» (AUGF) nicht und dass es sich dabei um einen Verein handle, der sich «politisch gegen die Behandlung von transjugendlichen engagiert.»

Im Beitrag wird transparent gemacht, dass der Brief die Kritik von mehreren Elternteilen beinhaltet, dieser an die Zürcher Gesundheitsdirektion geschickt wurde und sich die Kantonsärztin mit den Eltern ausgetauscht hat.

Es ist nicht die Aufgabe der Moderatorin, den Namen des Vereins in einer Anmoderation zu nennen. Im Beitrag war – wie in der langen Version des Beitrags bei «Impact Investigativ» – ein live eingespielter Einblender mit Quellenangabe geplant. Leider ging dieser bei der Live-Sendung unter, was wir bedauern.

Unabhängig des Vereins AUGF, halten wir es für berechtigt, die Sorgen und Kritik der Eltern zu thematisieren. Insbesondere, weil der News-Beitrag auf einer vertieften Recherche basiert, die von weiteren Fällen, über den Elternverein hinaus, gestützt wird. Tatsache ist, dass die publizierten Aussagen und Vorwürfe nach den Pflichten des journalistischen Handwerks geprüft wurden, mit Validierungsgesprächen der betroffenen Jugendlichen und mittels Akten und Dokumenten. Wir haben lediglich Aussagen publiziert, die wir unabhängig nachvollziehen und überprüfen konnten, ganz unabhängig der Quelle.

Aufgrund unserer Recherche teilen wir die Behauptungen in Bezug auf den Elternverein zudem nicht. Dem Elternverein kann aufgrund unserer Erkenntnisse nicht eine grundsätzlich ablehnende Haltung bei der Behandlung von trans Jugendlichen nachgesagt werden, wie das der Beanstander behauptet. Die Aussagen von Frau M. selbst zeigen, dass diese offen war für den Prozess. Im Beitrag sagt sie wörtlich (nachfolgend sind die Zitate aus dem Beitrag ins Hochdeutsche übersetzt):

«Ich habe erwartet, dass wir über das Thema reden und abklären und irgendwie einen gemeinsamen Weg finden. Was machen wir Schritt für Schritt und langsam.»

«Ich finde es wichtig, dass die Kinder auch ernstgenommen werden durch Fachpersonen, mehr als die Eltern, natürlich. Das ist vollkommen recht. Aber gemeinsam mit den Eltern.»

Vorwurf: Nur die Sicht der Eltern

Der Beanstander schreibt, dass die Frage offenbleibe, ob im Bericht nur die Sicht der Eltern wiedergeben werde oder ob deren Jugendliche diese Vorwürfe gleichermassen erheben würden. Das entspricht nicht den Tatsachen. Im Bericht kommt ein Jugendlicher vor. Ebenfalls erwähnen wir, dass wir mit der Tochter von Frau M., die offen auftritt, in Kontakt standen und die Jugendliche froh darüber sei, keine Hormone genommen zu haben. Wir haben die Sicht der Jugendlichen also offenkundig abgeglichen und in den Beitrag aufgenommen.

Uns war bewusst, dass bei diesem heiklen Thema die Eltern- und Kinderperspektive nicht übereinstimmen können, deshalb haben wir die Kritik der Eltern mit den Jugendlichen gespiegelt und validiert.

Es sind Eltern von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich in Transition befinden oder befanden, teilweise den Transitions-Prozess abgebrochen haben. Dies machen wir anhand der beiden Jugendlichen, die erwähnt werden, transparent.

Zur Tochter sagen wir: «Zur Geschlechtsangleichung bei ihrem Kind ist es nie gekommen. Es erzählt uns, dass es froh sei, keine Hormone genommen zu haben.»

Cédric steht grundsätzlich für die Kritik an der KJPP, seine Geschichte illustriert das Tempo der Abklärungen und wir betonen, dass es ihm selbst zu schnell ging. Ganz offensichtlich tritt er als trans Jugendlicher auf.

Kritik an den Aussagen von Frau M. und deren Einordnung

Wir lassen im News-Beitrag Menschen zu Wort kommen, die Kritik äussern. Wir urteilen nicht selbst darüber, wie der Beanstander behauptet, «es sei falsch und zu schnell, in einer ersten Sitzung über medizinische Möglichkeiten zu informieren.» Die Mutter hat dieses erste Gespräch, bei dem sie dabei sein durfte, als belastend erlebt. Sie sagt wörtlich:

«Ich habe erwartet, dass wir über das Thema reden und abklären und irgendwie einen gemeinsamen Weg finden. Was machen wir Schritt für Schritt und langsam. Aber beim ersten Gespräch ist das Thema gewesen: Hormontherapie fangen wir an, sobald ich denke, es ist so weit.»

Eine Transition gelingt besser, wenn das Umfeld, insbesondere die Familie, sie mittragen. Das ist unbestritten und wird auch in den internationalen WPATH-Leitlinien so erwähnt. Auch deshalb, so vermuten wir, ist es Dagmar Pauli, wie sie im Bericht sagt, wichtig, dass die Sorgeberechtigten in den Prozess miteinbezogen, werden. Dagmar Pauli sagt im Bericht wörtlich:

«Was wir nie machen, ist irgendwelche medizinischen Behandlungen ohne Einverständnis der Sorgeberechtigten. Das heisst, in den Fällen, in denen wir dann tatsächlich Pubertätsblockaden durchführen, sind ja die Eltern immer einverstanden und haben das auch gewünscht und die Jugendlichen sowieso.»

Deshalb ist es legitim und auch notwendig, dass Eltern sich äussern dürfen, die sich nicht miteinbezogen gefühlt haben. Wenn für diese eine erste Sprechstunde oder eine als zu schnell empfundene Diagnosestellung überwältigend sind, auch wenn das Kind sich damit möglicherweise bereits lange auseinandergesetzt hat, darf dies in unserem Beitrag Platz finden.

Erst recht, wenn wir heute wissen, dass die Einwilligung von Frau M. zur Hormontherapie vermutlich dazu geführt hätte, dass ihre Tochter (die sich heute nicht mehr als trans versteht) mit dieser medizinischen Massnahme begonnen hätte.

Kritik gegenüber dem anonymisierten Elterntreffen und dem Verein

Der Beanstander behauptet, die Eltern, die anonymisiert auftraten, möchten «ihre Kinder nicht auf dem Trans-Weg» unterstützen (weiter: sie nicht beim «selbstgenannten Namen ansprechen», «und sie möchten nicht, dass die Kinder medizinische Massnahmen erhalten»). Das ist unseres Erachtens eine sehr pauschalisierende Aussage gegenüber den Eltern des Vereins und trifft nach den Erkenntnissen unserer Recherche nicht zu.

Die Eltern, die wir getroffen haben, haben sich nicht grundsätzlich gegen den Wunsch ihrer Kinder nach einer Transition ausgesprochen. Das schreiben sie auch in ihrem Brief. Sie kritisieren einzig das Vorgehen in den medizinischen Institutionen.

Es ist irritierend, dass der Beanstander, der nicht am Treffen der Eltern dabei war, sich über den Inhalt dieses Treffens äussert. Er behauptet: «Es sind Treffen, bei denen Eltern sich gegenseitig bestärken, ihre Kinder nicht auf ihrem Trans-Weg zu unterstützen.» Wir haben das Treffen anders erlebt, die Aussage ist falsch und trifft nicht zu.

Es ist Fakt, dass gewisse Eltern es – womöglich aus Überforderung und Sorge – nicht schaffen, ihre Kinder mit neuem Namen anzusprechen. Auch gibt es Eltern, die Angst vor (aus ihrer Optik) voreiligen medizinischen Massnahmen haben. Fakt ist aber, dass es auch andere Eltern gibt, die kritische Fragen stellen möchten, überfordert sind und ihre Kinder trotzdem unterstützen, Abklärungen und auch medizinische Massnahmen zulassen. Das war etwa im Fall Cédric gegeben. Daher ist die pauschalisierende Aburteilung des Elternvereins nicht sachgerecht.

Wir haben während der Recherche festgestellt, dass die Wahrnehmungen von Eltern und ihren trans Jugendlichen tatsächlich divergieren können. Auch deshalb haben wir kritische Elternstimmen mit denjenigen der Kinder gespiegelt und validiert. Die Sicht der Jugendlichen wird im Beitrag also nicht ausgeblendet, wie der Beanstander behauptet, sondern – im Gegenteil - mit der Stimme von Cédric noch betont. Ein «Framing» trifft nicht zu.

Die kritischen Stimmen der Eltern verorten wir klar im Setting des anonymisierten Treffens. Auch die publizierten Aussagen dieses Treffens haben wir überprüft und nachvollziehen können. Auch Chefärztin Dagmar Pauli streitet nicht ab, dass es für Eltern manchmal zu schnell gehen kann.

Kritik: Fehlende Fachliche Einordnung

Der Beanstander kritisiert: «Der Beitrag unterscheidet nicht zwischen reversiblen und irreversiblen Behandlungen, erklärt nicht den Grund, warum es wichtig und richtig ist, in gewissen Fällen zeitig über Pubertätsblocker zu informieren.» Es fehle jegliche sachliche Einordnung.

Wir stellen nicht in Abrede, dass Pubertätsblocker wichtig sein können. Es handelt sich um einen News-Beitrag von vier Minuten, dessen Aufgabe es nicht ist, hochkomplexe Abklärungen und Therapien in ihrer Gesamtheit zu erfassen und abzubilden. Wir zeigen auf,

dass die Informationen an Cédric in der ersten Sprechstunde für den Jugendlichen selbst überwältigend gewesen seien. Er sagt wörtlich:

«Beim ersten Gespräch sind dann schon die Pubertätsblocker Thema gewesen und auch, wie es danach weitergehen könnte mit weiblichen Hormonen – und man hat mir gesagt, ich müsse vorwärts machen, so schnell wie möglich Pubertätsblocker, um den Stimmbruch zu verhindern – und man hat mir geraten, meine Spermien einzufrieren.»

Die Information über mögliche reversible und irreversible Massnahmen hat den Jugendlichen unter Druck gesetzt. Aus dieser Aussage wird klar, dass offensichtlich auch in der Sprechstunde nicht zwischen reversibel und irreversible unterschieden wurde. Die fachliche Einordnung liefert im Beitrag schliesslich Dagmar Pauli selbst, die erklärt, warum bei einem ersten Treffen über die breite Palette an Behandlungsmöglichkeiten informiert werde.

«Es kann höchstens sein, dass man sich nach einer Sitzung schon informiert, damit man schon mal Bescheid weiss, was es für Möglichkeiten gibt.»

Weiter kritisiert der Beanstander, es werde der Eindruck erweckt, Dagmar Pauli äussere sich im Beitrag zur Diagnose.

Dagmar Pauli äussert sich im Beitrag tatsächlich zur Diagnose-Stellung. Für Eltern und Jugendliche ist es nach unseren Erkenntnissen aus der Recherche oftmals nicht zu unterscheiden, ob sich Fachpersonen bei Gesprächen in Bezug auf die Diagnose oder Behandlungs-Indikation äussern.

Frau Pauli nimmt daher zum grundsätzlichen Vorwurf Stellung, es würde zu schnell diagnostiziert. Sie differenziert in ihrer Antwort, indem sie zuerst erklärt, dass keine voreilige Diagnose gestellt würde, führt dann weiter aus, warum es aus fachlicher Sicht Sinn macht, bereits über Behandlungsmöglichkeiten zu informieren. Ihre Aussage ist in dieser Differenziertheit denn auch richtig dargestellt. Sie sagt wörtlich:

«Nein, wir machen das nicht nach einer Sitzung. Es kann höchstens sein, dass man sich nach einer Sitzung schon informiert, damit man schon mal Bescheid weiss, was es für Möglichkeiten gibt. Aber es braucht immer mehr Abklärungen, um dann die eigentliche Behandlungsindikation zu stellen. Was wir nie machen, ist irgendwelche medizinischen Behandlungen ohne Einverständnis der Sorgeberechtigten. Das heisst, in den Fällen, in denen wir dann tatsächlich Pubertätsblockaden durchführen, sind ja die Eltern immer einverstanden und haben das auch gewünscht und die Jugendlichen sowieso.»

Dagmar Pauli wurde im Beitrag mit den Vorwürfen der Eltern konfrontiert, konnte dazu ausführlich Stellung nehmen und dem Publikum ihre Sichtweise aus unserer Sicht überzeugend vermitteln.

Die Kritik der Eltern und Jugendlichen zielt auf die Sorgfalt und das Tempo der Abklärungen und Behandlungen. Nicht auf den Grundsatz, ob Minderjährige ohne Eltern entscheiden dürfen oder nicht. Dieser Vorwurf wird im Beitrag nicht erhoben und bedarf keiner Einordnung im News-Beitrag, wie der Beanstander kritisiert. Wir machen aber transparent, dass Dagmar Pauli nach eigenen Angaben die Sorgeberechtigten bei Minderjährigen mit in den Prozess einbezieht. Sie sagt wörtlich: «Was wir nie machen, sind irgendwelche medizinische Behandlungen ohne Einverständnis der Sorgeberechtigten.»

Dagmar Pauli bestreitet nach eigenen Aussagen grundsätzlich die Vorwürfe der Eltern. Dies so zu benennen, ist unsere Pflicht. Sie hat sich zudem offen gezeigt für einen Dialog und möchte die kritisierten Punkte gerne anschauen. Auch das sagen wir.

Der Beanstander kritisiert grundsätzlich, der publizierte Beitrag sei «keine Geschichte und schon gar kein Skandal».

Der Beanstander spricht im Zusammenhang mit dem Beitrag von einem «Skandal», der durch die Berichterstattung illustriert werde. Die Sendung verwendet diese Terminologie nicht und hat auch nicht den Anspruch, eine ebensolchen aufzudecken. Weder durch die Wahl der Bilder, Worte oder durch die Tonalität wird das Thema skandalisiert.

Schlussfolgerung: Die Berichterstattung leistet einen sachlich geführten Beitrag zu einem derzeit in der Öffentlichkeit polarisierten und emotional geführten Diskurs. In der Kürze des News-Beitrages wurde auf konkrete Kritik eingegangen, die auf einer vertieften Recherche basiert. Die Vorwürfe wurden gespiegelt und Dagmar Pauli erhielt ausführlich Raum, um ihre Argumente darzulegen, so dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden konnte. Auch die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich hat dies anerkannt und tätigt, wie wir im Beitrag erwähnen, weiterführende Abklärungen.

Die Ombudsstelle hat sich mit Ihrer Kritik befasst und hält fest:

Der Beitrag «*Geschlechtsangleichung: Eltern kritisieren Zürcher Institutionen*» wird wie folgt anmoderiert: «*Im Kanton Zürich steht die Forderung nach einer Untersuchung im Raum. Der Vorwurf an mehrere Institutionen lautet: Bei trans Jugendlichen, also Personen, die im falschen Körper leben, seien Abklärungen und Behandlungen zu wenig sorgfältig gemacht worden. Geäussert haben die Vorwürfe Eltern von betroffenen Jugendlichen in einem Brief an die Gesundheitsdirektion des Kantons. [...]*» Im Folgenden erfahren die Zuschauerinnen und Zuschauer bei einer Begegnung mit Frau M. Details zu den Vorwürfen. Frau M. ist Teil der Elterngruppe, die mehrere Zürcher Institutionen im Umgang mit jungen Transpersonen kritisiert, darunter auch die Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universitätsklinik Zürich. Das Publikum erfährt zudem, dass kürzlich ein Treffen zwischen den Eltern und der Zürcher Kantonsärztin stattgefunden hat und dass weitere Abklärungen vorgesehen sind.

Der Beanstander kritisiert, der Beitrag erzeuge durch Framing, Auslassungen und Zuspitzungen den Eindruck, dass trans Jugendliche in der KJPP (oder vielleicht generell) falsch und zu schnell behandelt würden. Aussagen würden weder fachlich eingeordnet noch hinterfragt, sondern skandalisiert und positive Beispiele – in der Realität die grosse Mehrheit – kämen gar nicht vor.

Bei dieser Kritik fällt auf, dass der Beanstander beim Beitrag von «Schweiz aktuell» inhaltlich von einer «Kopie» der ganzen Recherche-Reportage ausgeht, wie sie bei «Impact Investigativ» unter dem Titel «*Trans Jugendliche: Zweifel während der Geschlechtsangleichung*» oder in der Rundschau mit dem Titel «*Trans Jugendliche: Zu rasche Geschlechtsangleichung?*» zu sehen waren und noch immer zu sehen sind. Erstere hat der Beanstander mit einem umfassenden und detaillierten Schreiben ebenfalls beanstandet.

Dabei ignoriert der Beanstander die zwei völlig unterschiedlichen Ausrichtungen der Beiträge und damit verbunden die unterschiedlichen Anforderungen auch an die Sachgerechtigkeit. Während bei der rund 25 Minuten dauernden Reportage die Frage im Zentrum steht «Geht es vielleicht manchmal zu schnell?» oder «passiert dies genug sorgfältig?» und diese in einem kontrovers angelegten Setting mit unterschiedlichen Geschichten behandelt wird, stehen im kurzen Beitrag von «Schweiz aktuell» mit dem Titel «*Geschlechtsangleichung – Eltern kritisieren Zürcher Institutionen*» die eigentliche Kritik und die Forderung nach einer Untersuchung im Fokus. Dies kommt in der Anmoderation unmissverständlich zum Ausdruck. Mit diesem Fokus ist das Aufzeigen von «positiven» Beispielen nicht zwingend, ebenso muss keine Grundsatzdiskussion über die Geschlechtsangleichung stattfinden. Wichtig ist, dass die hauptsächlich kritisierte Institution Gelegenheit hat, ihre Sicht der Dinge darzulegen; dies ist der Fall.

Mit der Information im Beitrag, dass am «vergangenen» Montag ein Treffen zwischen den Eltern und der Zürcher Kantonsärztin stattgefunden habe und dass es weitere Abklärungen geben werde, wird indirekt «versprochen», die Sache weiter zu verfolgen und darüber zu berichten.

Kritisiert wird zudem, dass die Moderation nicht erwähne, dass es sich bei der Elterngruppe um eine Gruppe des Vereins AMQG/AUFG handle. Dieser Verein sei international vernetzt und engagiere sich politisch gegen die Behandlung von trans Jugendlichen. Dies zu wissen, sei für die Einordnung des Beitrags relevant.

Die Redaktion beurteilt dies anders: Es sei nicht die Aufgabe der Moderatorin, den Namen des Vereins in einer Anmoderation zu nennen. Sie halte es unabhängig des Vereins für berechtigt, die Sorgen und Kritik der Eltern zu thematisieren. Insbesondere, weil der News-Beitrag auf einer vertieften Recherche basiere, die von weiteren Fällen, über den Verein hinaus, gestützt werde.

Der Fokus des Beitrags liegt unmissverständlich bei der Kritik der Elterngruppe, dem Brief an die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich und der damit verbundenen Forderung nach einer Untersuchung. Frau M. wie auch die Mutter von Cédric werden als Teil der Elterngruppe benannt und dem Publikum wird offengelegt, dass die Eltern in neun Fällen mit einem Brief eine Untersuchung fordern. Das Publikum erfährt auch, dass die Zürcher Kantonsärztin die Eltern getroffen hat und dass weitere Abklärungen anstehen. Die Elterngruppe wird mehrfach erwähnt und die Elterngruppe zeichnet verantwortlich für den Brief, der eine Untersuchung u.a. bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität Zürich ins Rollen bringen soll, was die Redaktion mit der Bemerkung «brisant» speziell erwähnt. Damit wird der Elterngruppe eine Bedeutung und Wichtigkeit zugesprochen, die es unerlässlich macht, dass das Publikum mehr über diese Elterngruppe und den Verein erfährt. Ob dies mit einem Hinweis auf die Selbstdarstellung im Internet geschieht («*Der Verein AMQG/AUFG setzt sich für einen angemessenen, vielfältigen und nicht-aktivistischen Ansatz im Umgang mit Geschlechtsdysphorie ein. Er ist da für Jugendliche, die Fragen zum Geschlecht haben, für ihre Eltern, ihre Angehörigen und ihr soziales Umfeld.*»), oder mit kritischem Blick, ist nicht relevant. Für die Einordnung und Meinungsbildung sind zusätzliche Informationen zwingend.

In diesem Punkt unterstützen wir die Beanstandung und stellen wir einen Verstoss gegen die Sachgerechtigkeit gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes fest.

Wir möchten aber betonen, dass die Argumentation für die Gutheissung in diesem Punkt weder für die Reportage von «Impact investigativ», «*Trans Jugendliche: Zweifel während der Geschlechtsangleichung*» noch für den Beitrag der «Rundschau» gelten. Weil der Fokus ein ganz anderer ist, unterscheiden sich auch die Anforderungen an die Sachgerechtigkeit.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz